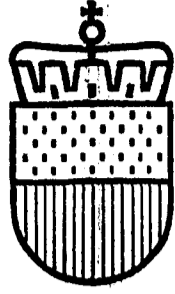


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—

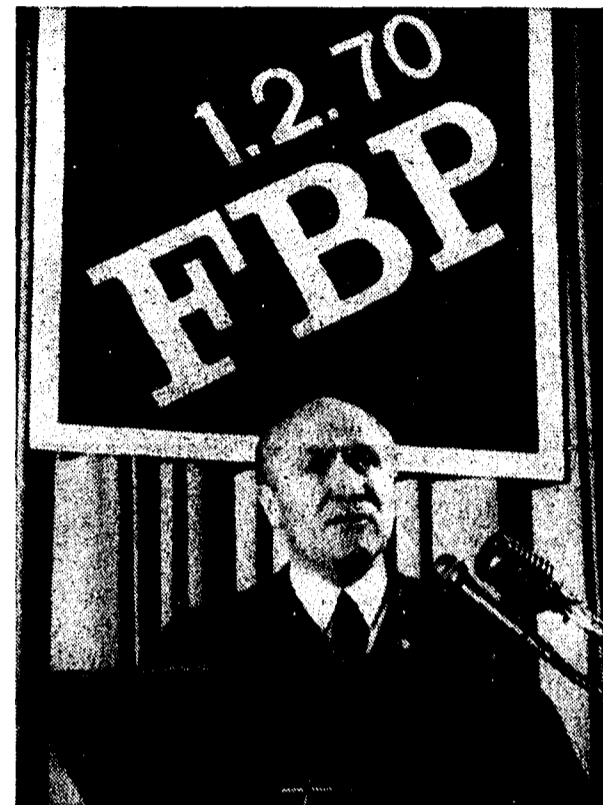


Anzeigenpreise: Einzelpaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 28. Januar 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 14



Der Mut zu leugnen, was jeder sieht!

Alt-Regierungschef Alexander Frick über den Wahlkampf — VU glaubt an ihre eigenen Schlagworte

Wie wir bereits in unseren Ausgaben vom Samstag und Dienstag berichteten, setzte sich Alt-Regierungschef Alexander Frick an den Parteitagen des Oberlandes in Vaduz, und am Unterländer Parteitag in Mauren, mit dem derzeitigen Wahlkampf auseinander. Nach einleitenden, grundsätzlichen Ausführungen, die sich mit der allgemeinen Lage wenige Tage vor dem Urnengang befassten, führte Alexander Frick unter anderem folgendes wörtlich aus:

● Es ist selbstverständlich das unbestrittene Recht der Minderheitspartei die Mehrheit anzustreben; es ist aber auch das gute demokratische Recht der Mehrheitspartei die Mehrheit zu erhalten, ja es ist sogar ihre Pflicht alles zu tun um an der Mehrheit zu bleiben, wenn sie davon überzeugt ist, dass sie dem Lande weiterhin am besten dienen kann.

Schon vor Jahren habe ich an einer öffentlichen Veranstaltung gesagt, dass auch die Fortschrittliche Bürgerpartei einmal die Mehrheit verlieren werde. Das werde dann geschehen, wenn ihre Mandatsträger Unkorrektheiten begehen und damit Skandale auslösen würden, wenn wichtige Mandatsträger in ihren Aemtern versagen würden, wenn die Partei sich nicht mehr auf ein Programm einigen könnte und somit innerlich zerrissen wäre, wenn die Partei das Masshalten in allem verlieren würde, wenn kein Fortschritt mehr erzielt werden könnte, weil der Partei und ihren Mandatsträgern die Entschlussfähigkeit abhanden gekommen wäre.

Von alledem kann heute aber keine Rede sein. Am 9. Januar 1970, stimmten die versammelten Delegierten einstimmig einem sehr anspruchsvollen, ganz auf die neue Zeit zugeschnittenen Programm zu. Die Einigkeit der Partei bewiesen die weit mehr als zweihundert Delegierten aus allen Gemeinden.

In Landtag, in Regierung und in all den anderen Gremien stellen unsere Mandatsträger, auch in den letzten vier Jahren, ihren Mann; überall dienen sie nach bestem Können dem

gesunden Fortschritt. Geradlinig, fest, zielstrebig und zäh wurde gearbeitet, wurde nach der besten Lösung gesucht.

● Das Masshalten ist unseren Leuten sozusagen angeboren. Unnötige Experimente werden vermieden. Ich sage ausdrücklich unnötige Experimente, denn wenn es die Umstände erfordern, gehen auch die Leute der Bürgerpartei ein Risiko ein, das aber übersehbar sein muss. Dass der Bürgerpartei die Entschlusskraft nicht abhanden gekommen ist, das beweisen die weittragenden Entscheidungen all der vergangenen Jahre, das beweist vor allem auch das beschlossene Tätigkeitsprogramm. Regierungsmitglieder, Fraktion, Parteileitung und die Ortsgruppen unterhalten besten Kontakt, sie stimmen sich laufend aufeinander ab! Nur so ist die Erfüllung der grossen Programme überhaupt möglich.

VU: Glauben an die eigenen Schlagworte

Ich kenne die Quelle des überschwänglichen Optimismus der Gegenseite nicht. Offensichtlich glauben die Strategen der Union an ihr eigenes Schlagwort, wonach die Bürgerpartei erstarrt und veraltet sei.

● Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wird in unsere Geschichte eingehen als Epoche des raschen Auf- und Ausbaues, des grossen Fortschrittes auf allen Lebensgebieten. Und gerade das wollen die Strategen der Union nicht wahrhaben. Ich muss sagen, dass diese Herren hier einen grossen Mut zeigen. Ob aber der Mut etwas zu leugnen, was jedermann sieht, sich bezahlt macht, das werden wir sehen.

Ich muss auch feststellen, dass der Fortschritt die letzten vier Jahre sich nicht etwa verlangsam hat, sondern dass gerade auch in dieser Zeit weitreichende Entscheidungen gefällt worden sind.

Die Bürgerpartei trägt schon seit dem Tage der Gründung den Namen «Fortschrittliche

Bürgerpartei». Mit «Fortschrittliche Bürgerpartei» meldet sich der Sprecher unserer Fraktion stets im Landtag. Dass die Fortschrittliche Bürgerpartei von dem grossen, echten Fortschritt in unserem Lande nicht zu trennen ist, das ärgert ganz offensichtlich einige Strategen der Gegenseite so sehr, dass sie der Bürgerpartei vorwerfen, sie hätte sich plötzlich mit diesem dubiosen Reklame-Wort selber dekoriert. Ich frage mich, wer hat der Union das Prädikat «vaterländisch» verliehen? Die Union hat sich ihren Titel vor Jahrzehnten ebenfalls selber gegeben, auch das war ihr gutes Recht. Die Bürgerpartei hat sich stets redlich bemüht, ihrem Parteinamen gerecht zu werden; sie hat zu allen Zeiten dem gesunden Fortschritt gedient. Sie hat wahrlich keinen Grund, das Beiwort «Fortschrittlich» in ihrer Bezeichnung verschämt zu unterdrücken.

● Ich habe keine Ahnung, wie bei der Union so ein Wahlkampf geplant und geleitet wird. Es macht aber den bestimmten Eindruck, dass das Leuten überlassen wird, die zu wenig Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse haben, sonst könnten sie nicht behaupten, demokratische und parlamentarische Regeln würden von der Bürgerpartei nicht beachtet. Die Leute der Bürgerpartei seien nicht mehr zu einem Gespräch mit der anderen Koalitionspartei fähig und würden diese einfach überstimmen. Ich kann da von meinen Erfahrungen aus dem Landtag etwas sagen. Wenn sich dort Differenzen in den Auffassungen ergeben, so werden diese in der ersten Gesetzeslesung möglichst genau herausgearbeitet und wenn diese erheblich sind, wird eine vorberatende Kommission eingesetzt. In diesen Kommissionssitzungen, die gemäss Geschäftsordnung vertraulich sind, wird sehr eingehend von Mann zu Mann gesprochen. Auf die vorgebrachten Argumente wird ausführlich eingetreten. In den meisten Fällen wird ein für beide Parteien gangbarer Mittelweg gefunden, so dass dem Plenum mit ganz

(Fortsetzung Seite 2)

Diese Zahlen sprechen für sich!

In der abgelaufenen Legislaturperiode sind 161 Gesetze, Staatsverträge und Verordnungen entstanden. In der Regierung wurden rund 14000 Geschäfte behandelt. Das Ressort Sanität (RR Andreas Vogt) bereitete davon 1,5 Prozent der Anträge vor und brachte sie bei der Sitzung ein. 4,8 Prozent entfielen auf das Ressort Soziale Verwaltung (RR Dr. Gregor Steger) und 10 Prozent auf das Ressort Bauwesen (RR J. Oehri). Die verbleibenden 83,7 Prozent verteilen sich auf die restlichen acht Ressorts, von denen jeweils vier von den zwei hauptamtlichen Regierungsmitgliedern betreut werden. Hier ergibt sich folgende Aufteilung:

Vizeregierungschef Dr. H i l b e (Inneres, Wirtschaft, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft)

= 28,7 Prozent

Regierungschef Dr. B a t l i n e r (Präsidium, Finanzen, Justiz, Erziehung und Kultur)

= 55 Prozent

FBP: Moderne Partei - Zeitgemässes Programm - Fähige Männer:

Aussenpolitik und innere Stabilität!

● Unser Staat ist in das zweite Vierteljahrtausend seines Bestehens eingetreten. Das Jubiläumsjahr 1969 war uns wiederholt Anlass zur Rückschau auf die geschichtliche Entwicklung unseres kleinen Staatswesens. Eindrücklicher denn je wurde uns vor Augen geführt, dass unsere staatliche Existenz im Verlauf der ersten 250 Jahre häufiger den geschichtlichen Zufälligkeiten und den glücklichen, äusseren Ereignissen als unserer eigenen Initiative zu verdanken war.

Es liegt auf der Hand, dass wir als einer der kleinsten Staaten der Welt keine spektakulären aussenpolitischen Erfolge erzielen können. Jeder Gesprächspartner in aussenpolitischen Belangen ist ungleich grösser und stärker als Liechtenstein. Wir sind in vielfacher Hinsicht vom Wohlwollen unserer Nachbarstaaten und vom weiteren Ausland abhängig.

● Trotzdem, oder gerade deswegen, müssen wir der Aussenpolitik ein besonderes Augenmerk schenken. Wir müssen versuchen mit den vorhandenen Mitteln und in beharrlicher Kleinarbeit unseren Standpunkt zu vertreten und Verständnis für den Sonderfall Liechtenstein in der Welt finden.

Im Grundsatzprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 9. Januar 1970 wird der Fortsetzung einer aktiven Aussenpolitik deshalb in besonderem Masse Rechnung getragen.

● Der wichtigste aussenpolitische Partner unseres Landes ist nach wie vor unser Schweizer Nachbarland. Unter Wahrung unserer Eigenstaatlichkeit sind die ohnehin herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Schweiz

auch in Zukunft zu pflegen und nach Möglichkeit noch intensiver zu gestalten.

Gleichermassen müssen auch die traditionell guten Beziehungen zu Oesterreich ausgebaut werden. Das Angebot unseres österreichischen Nachbarlandes, Liechtenstein bei seinen aussenpolitischen Bemühungen zu unterstützen, muss als grosszügiges Angebot ernst genommen und als Chance gewahrt werden.

● Mit Unterstützung unserer befreundeten Nachbarn ist die bereits eingeleitete aussenpolitische Offensive in den weiteren europäischen Raum fortzusetzen. Die Mitgliedschaft bei Spezialorganisationen der UNO und unsere Zugehörigkeit zu anderen internationalen Organisationen muss durch vermehrte Mitarbeit und Präsenz aktiviert werden.

Zu den erfreulichsten aussenpolitischen Erfolgen der abgelaufenen Legislaturperiode gehört wohl unser Beitritt zu fünf Abkommen des Europarates. Unser Beitritt zu den genannten Übereinkommen stellt die erfolgreiche Einleitung einer fortzusetzenden liechtensteinischen Initiative in diese Richtung dar.

● Die europäische Integration, die auch von unserem Land bejaht wird, stellt uns gleichzeitig vor das derzeit wichtigste und aktuellste aussenpolitische Problem. Wollen wir als selbständiger, freier Staat im zukünftigen vereinigten Europa mitwirken, so gilt es unsere Mitarbeit bei der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zu verstärken. Unsere exportorientierte Wirtschaft verpflichtet den Staat gerade in diesem Punkt zu besonderen Taten und Initiativen.

Im gleichen Zusammenhang gilt es auch weiterhin dem Namen Liechtenstein in der Welt einen guten Klang zu geben. Die Teilnahme an bedeutenden Ausstellungen, die Schaffung einer permanenten Liechtenstein-Ausstellung, die bei wichtigen internationalen Anlässen als Rahmenveranstaltung gezeigt werden kann und eine aussenpolitische Offensive auf dem kulturellen Sektor sind weitere Mittel, die in Zukunft vermehrt genutzt werden müssen.

● Zur Intensivierung unseres Fremdenverkehrs und zur besseren Information des Auslandes gilt es eine moderne Fremdenverkehrs- und Informationszentrale aufzubauen!

Soweit es unsere Mittel und Möglichkeiten erlauben, muss auch die staatliche und private Entwicklungshilfe aktiviert werden. Nur wenn wir Verständnis und Sorge für die Not der anderen Völker beweisen, dürfen wir auf Verständnis für unsere liechtensteinischen Belange in der Welt hoffen.

● Erste Voraussetzung für eine glaubwürdige und erfolgreiche Aussenpolitik sind stabile innenpolitische Verhältnisse. Der inneren Konstanz und Stabilität kommt in einem Kleinstaat ungleich grössere Bedeutung zu, als in einem grossen Land.

Beides, Konstanz und Stabilität, wurden von der Fortschrittlichen Bürgerpartei und ihren Mandatsträgern in den letzten Jahren und Jahrzehnten in optimaler Art gewährleistet. Auf der Basis dieser inneren Ordnung und Zuverlässigkeit sind wir für die neuen aussenpolitischen Initiativen bestens gerüstet.

